

Jenseits des Geldbeutels

Thomas Petersen

Geboren 1968 in Hamburg, Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher, Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach (IfD).

Zur These der Radikalisierung aus wirtschaftlichen Gründen

Beginnen wir mit einem alten Witz: Ein Mann läuft durch die Fußgängerzone und benimmt sich seltsam. Alle drei Schritte springt er in die Luft und klatscht in die Hände. Ein Passant fragt ihn, warum er das tue. Antwort: „Um die Krokodile fernzuhalten.“ „Aber hier gibt es doch gar keine Krokodile.“ „Sehen Sie?“ Wenn zwei Dinge gleichzeitig geschehen, neigt man dazu, anzunehmen, dass es sich um ein Verhältnis von Ursache und Wirkung handelt. Doch oft scheint dies nur so zu sein. Es spricht einiges dafür, dass die ökonomischen Sorgen, die viele Bürger in den letzten Jahren – besonders seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine – haben, und der gleichzeitige Aufstieg radikaler politischer Parteien in Deutschland auch ein solcher Fall sind.

Beide Entwicklungen sind gut dokumentiert. Wahlergebnisse und Wahlumfragen zeigen, wie sehr die politische Mitte in Deutschland unter Druck geraten ist. Bei der Bundestagswahl 2025 entfielen zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland weniger als zwei Drittel der Zweitstimmen auf die traditionellen, unzweifelhaft demokratischen Parteien. Die Parteienlandschaft hat damit den gleichen Grad der Polarisierung erreicht wie bei der Reichstagswahl 1928 – keine fünf Jahre vor der Machtübernahme Adolf Hitlers. In den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach haben sich die Anteile derjenigen, die angeben, für Die Linke oder die AfD stimmen zu wollen, seit 2021 von rund 15 auf 38 Prozent und damit auf das Zweieinhalbfache erhöht.

Was den Bürgern Sorgen macht

Wie sehr die ökonomischen Sorgen der Bevölkerung zugenommen haben, zeigt sich in vielen Ergebnissen der Allensbacher Umfragen. Im August 2022 wurden die Befragten einer Bevölkerungsumfrage gebeten, anzugeben, wie weit die damals besonders hohe Inflation ihr eigenes Leben beeinflusse. 15 Prozent sagten daraufhin, diese betreffe sie selbst stark; weitere 47 Prozent meinten, sie betreffe sie etwas. Zusammengekommen sagten also fast zwei Drittel der Befragten, sie seien persönlich von der Krise betroffen. Was diese Zahlen bedeuten, zeigt der Vergleich zu einer Umfrage aus dem Jahr 2009, als die damalige Finanzkrise immerhin zum stärksten Rückgang der Wirtschaftsleistung binnen eines Jahres in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geführt hatte. Damals sagten lediglich 26 Prozent, sie selbst seien durch diese Krise betroffen gewesen.

Ebenfalls im August 2022 wurde erfragt, welche Dinge den Bürgern große Sorgen machen. An erster Stelle standen, genannt von 83 Prozent, die Preissteigerungen, gefolgt von dem Krieg in der Ukraine (80 Prozent). Am bemerkenswertesten war aber, dass eine Mehrheit von 51 Prozent angab, sie mache sich große Sorgen, dass sie ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen könne. Eine Recherche im Archiv des Allensbacher Instituts ergab, dass dieses Thema zum letzten Mal im September 1951 in einer Allensbacher Umfrage angesprochen worden war. Damals wurde die Frage gestellt: „Haben Sie schon genug Kohlen für den nächsten Winter?“ Die Hälfte der Befragten antwortete mit „Ja“. Seitdem, über sieben Jahrzehnte hinweg, war die Frage, ob im Winter die Wohnung kalt bleibt, in den Allensbacher Umfragen und höchstwahrscheinlich damit auch in der Bevölkerung allgemein kein Thema mehr.

Angesichts dieser Befunde glaubt man, nur noch eins und eins zusammenzählen zu müssen: Die Bevölkerung spürt finanziellen Druck wie seit Jahrzehnten nicht mehr – da scheint es doch nur folgerichtig zu

sein, dass die Bürger sich radikalisierten. War nicht schon die Weimarer Republik an der Weltwirtschaftskrise ab 1929 gescheitert? Und für die Wähler der AfD war doch bereits vor vielen Jahren das Stichwort vom „abgehängten Prekariat“ im Umlauf.

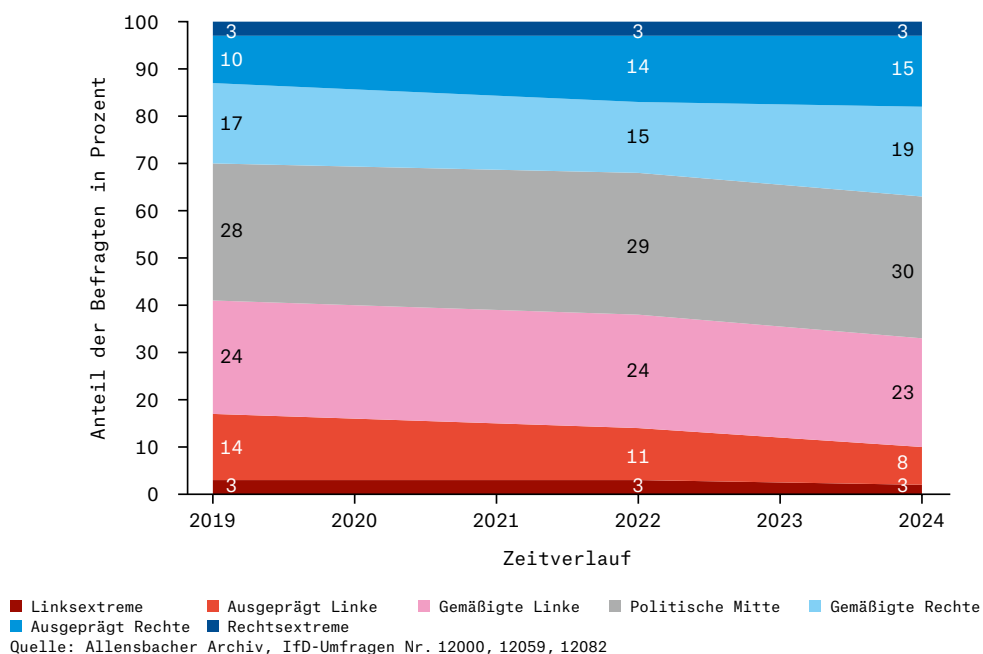
Wenn man das Thema allerdings etwas intensiver untersucht, merkt man rasch, dass die These von der Radikalisierung als Folge von sozialer Not wahrscheinlich nicht stimmt. Die meisten AfD-Anhänger sind keineswegs sozial abgehängt. Vor allem aber ist die Bevölkerung in den letzten Jahren politisch *nicht* radikaler geworden. Das zeigen eindeutig die Ergebnisse der seit 2019 wiederholt in die Umfragen aufgenommenen Allensbacher Radikalismus-Skala, mit der sich messen lässt, ob jemand links- oder rechtsradikal ist – unabhängig von der Parteisympathie.

Wie extrem denken die Deutschen?

Zur Konstruktion der Radikalismus-Skala wird den Befragten eine Vielzahl von Aussagen vorgelegt mit der Frage, ob sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht. Die gemeinsame Auswertung der Antworten zu all diesen Aussagen ermöglicht es, jemanden als radikal oder gemäßigt einzustufen. Die Aussagen umfassen eindeutig linke Thesen wie „Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“ oder „Kapitalismus bedeutet Ausbeutung“, eindeutig rechte Positionen wie „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ oder „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“ und allgemein autoritäre oder populistische Einstellungen, die sowohl mit einer rechten als auch einer linken Gesinnung verbunden sein können, wie „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie. Tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ oder „Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen“.

Die Logik solcher Skalen wird oft missverstanden. Natürlich ist bei Weitem nicht jeder gleich als Extremist einzustufen, der der Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie“ zustimmt. Die meisten, die diese Antwort geben, sind keine Extremisten. Aber umgekehrt gibt es praktisch keinen Extremisten, der diese Antwort nicht gibt. Erst in der Summe gewinnen die Antworten ihre Aussagekraft. Erst wer acht, neun oder zehn der Aussagen zustimmt, die die Grundlage der Skala bilden, kann als Extremist eingestuft werden.

Mithilfe dieser Skala lässt sich die Bevölkerung in sieben Gruppen einteilen: Rechtsradikale, ausgeprägt rechts Denkende, gemäßigte Rechte, Personen, die politisch in der Mitte stehen, gemäßigte Linke, ausgeprägt links Denkende und Linksradikale. 2019 machten Links- und Rechtsradikale zusammengenommen 6 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, weitere 24 Prozent ließen sich als ausgeprägt Linke und

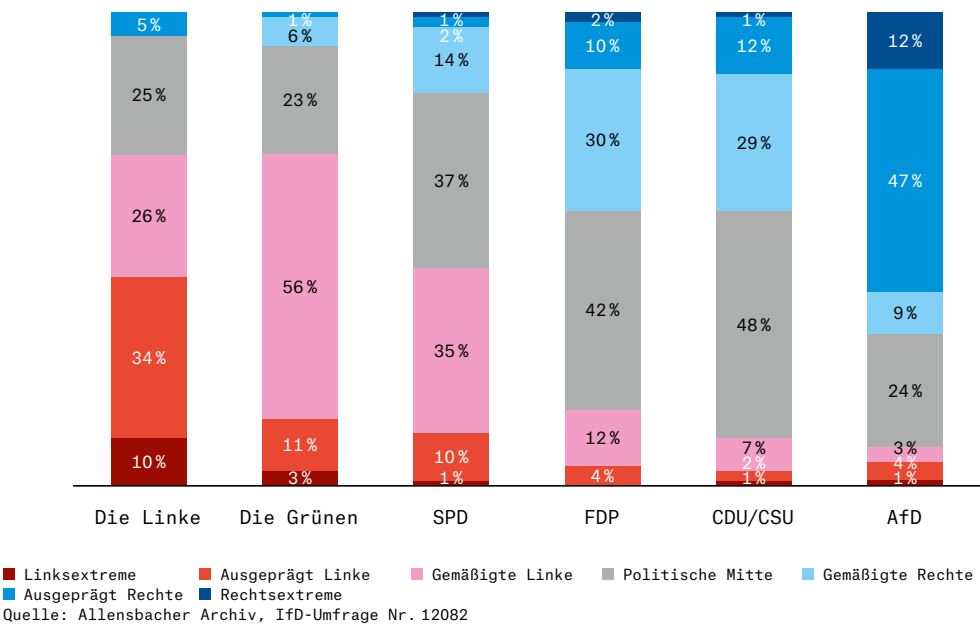
Grafik 1: Die politische Orientierung auf der Extremismus-Skala im Trend

Rechte mit gewissen autoritären Zügen im Denken einstufen. Fünf Jahre später hatte sich an den Zahlen praktisch nichts verändert. Radikale machten nun fünf Prozent der Bevölkerung aus, ausgeprägt links oder rechts Denkende 23 Prozent (Grafik 1).

Ganz offensichtlich wenden sich auch viele politisch gemäßigt denkende Bürger den Parteien am Rand des politischen Spektrums zu. Dies wird auch deutlich, wenn man die Einstufung der Anhänger der verschiedenen Parteien auf der Radikalismus-Skala betrachtet: Im Jahr 2024 waren 41 Prozent der AfD-Anhänger weder Rechtsradikale, noch fielen sie in die Kategorie der ausgeprägt rechts Denkenden. Der Anteil dürfte sich seitdem noch erhöht haben, denn seitdem ist die Zahl der AfD-Anhänger weiter gestiegen, ohne dass es Anzeichen dafür gibt, dass sich in der Bevölkerung nun doch noch ein plötzlicher Radikalisierungsschub vollzogen hätte. Ähnlich wie unter den Anhängern der AfD befinden sich auch unter denen der Linken viele Nichtradikale (Grafik 2).

Warum also wählen viele politisch gemäßigte Menschen radikale Parteien? Es gibt wahrscheinlich zwei Antworten auf die Frage: Verunsicherung und das Gefühl, bevormundet zu werden. Letzterer Punkt wurde ausführlich in dem Artikel „Anders gespalten“ in der Oktober-Ausgabe 2025 der Zeitschrift *Die Politische Meinung* behandelt (PoM 25/V, Nr. 593, S. 48–53). Ersterer wird bis heute oft unterschätzt.

Grafik 2: Radikalismus und Parteiorientierung
Position der Anhänger der Parteien auf der Extremismus-Skala



Die Krisen der letzten Jahre haben bei vielen Menschen zu einem Verlust von etwas geführt, was man „politisches Urvertrauen“ nennen könnte. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Frage „Neulich sagte jemand: ‚Nach all diesen Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen und so weiter, muss ich sagen: Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.‘ Wie empfinden Sie das, geht es Ihnen auch so, oder geht Ihnen das nicht so?“ Diese Frage wurde zum ersten Mal im Jahr 1992 gestellt; damals in erster Linie, um die psychologischen Auswirkungen der Umbrüche in Ostdeutschland nach der politischen Wende 1989/90 ermitteln zu können. Etwa die Hälfte der Befragten, die eine konkrete Angabe machten, sagte damals, wie auch bei gelegentlichen Wiederholungen der Frage in den folgenden Jahrzehnten, sie könnten die Welt nicht mehr verstehen. Noch im Jahr 2019 lag der Wert bei 43 Prozent. Im Herbst 2022 war er dagegen auf 59 Prozent gestiegen.

Krisen, die aus einer Bedrohung außerhalb des eigenen Landes resultieren, führen meistens dazu, dass sich die Bevölkerung hinter ihrer Regierung versammelt. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „Stunde der Exekutive“. Zuletzt konnte man diesen Effekt noch zu Zeiten der Corona-Pandemie beobachten. Damals nahm die Zustimmung zur damaligen Bundesregierung mit dem Ausbruch der Pandemie stark zu.

Doch nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine und in der darauf folgenden Wirtschaftskrise konnte von einer „Stunde der Exekutive“ keine Rede sein: Auf die Frage „Haben Sie das Gefühl, die Regierung hat die Lage im Großen und Ganzen im Griff, oder haben Sie nicht das Gefühl?“ antworteten 2022 65 Prozent, sie hätten den Eindruck, die Regierung habe die Lage nicht im Griff. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass sich dieses Urteil durch alle politischen Lager zog. Auch die Anhänger der damaligen Regierungsparteien sagten mit klaren Mehrheiten, dass sie glaubten, die Regierung habe die Lage nicht im Griff.

Gefühle der Hilflosigkeit

Aus dieser depressiven Stimmung ist die Bevölkerung seitdem nicht mehr herausgekommen. Auf die seit 1949 immer zum Jahresende gestellte Frage „Sehen Sie dem kommenden Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ antworteten im Dezember 2022 nur 28 Prozent „mit Hoffnungen“. Das war der niedrigste Wert, seit im Jahr 1950 unter dem Eindruck des Koreakrieges noch ein Prozent weniger gemessen wurde. Im Dezember 2025 gaben 33 Prozent diese Antwort – im langfristigen Vergleich ein noch immer außergewöhnlich niedriger Wert. Eine solche Stimmung bedeutet ein Konjunkturprogramm für populistische Parteien. Fragt man nach den Gründen, die AfD oder das BSW zu wählen, gehört bei den potenziellen Wählern beider Parteien die Aussage „Ich habe das Gefühl, unter der Führung der anderen Parteien geht das Land den Bach runter“ zu den am häufigsten genannten Punkten. Es ist also nicht so sehr die eigene soziale Lage, sondern vielmehr das verbreitete Gefühl der Hilflosigkeit, das viele Menschen in die Arme radikaler Parteien treibt – der Eindruck, das Land rutsche immer tiefer in eine Krise und die Politik könne oder wolle nichts dagegen tun. In diesem Sinne kann man die Stimmen für die AfD als Hilfeschrei interpretieren.